

Antrag

der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Karsten Hilse, Jörn König, Barbara Lenk und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es kann nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden, gegen welches Land für welche Waren wann durch die USA oder andere Sanktionen verhängt werden, denen Deutschland sich nicht entziehen kann. Auch können neue Erkenntnisse dazu führen, dass politische oder soziale Bedingungen in Importländern derart Neubewertet werden, dass unter Berücksichtigung des Lieferkettengesetzes Importe aus diesen Ländern nicht mehr möglich sind.

Die im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen haben zu Importausfällen von kurzfristig nicht substituierbaren Waren geführt.¹ Hierdurch wurde der deutschen Wirtschaft Schaden zugefügt.² Es hat sich somit als notwendig erwiesen, dass in enger Abstimmung mit den Vertretern der Wirtschaft definiert wird, für welche Gewerbezweige der deutschen Wirtschaft welche Rohstoffe, Vor-, Zuliefer- und Endprodukte in welcher Menge erforderlich sind und für diese Güter eine störungsfreie und krisenfeste Belieferung Deutschlands sicherzustellen, beispielsweise durch Diversifizierung der Lieferbeziehungen.

Die maßgebliche Wertschöpfung der deutschen Industrie basiert nicht auf der Veredelung von Rohstoffen zu Halbzeug und Vorprodukten, sondern auf der Herstellung komplexer Fertigwaren.

¹ <https://www.weser-kurier.de/wirtschaft/importausfaelle-bei-rohstoffen-ist-deutschland-arm-dran-doc7ku16zigwym3jdzdc0>

² <https://www.heise.de/tp/features/Studie-sieht-Jobs-gefaehrdet-Krieg-und-Sanktionen-bremsen-deutsche-Wirtschaft-7215597.html>

Deutschland befindet sich insbesondere auf den internationalen Rohstoffmärkten in einem Verdrängungswettbewerb mit China und anderen Staaten.^{3, 4, 5, 6} Deutschland muss daher Angebote an potenzielle Rohstofflieferanten machen, die einen Wettbewerbsvorteil darstellen. Gerade mit Blick auf die Außenhandelspolitik Chinas bietet sich an, nicht nur Angebote für die Förderung und Lieferung von Rohstoffen an sich zu machen, sondern echte Industriepartnerschaften anzubieten.

Diese Partnerschaften würden beinhalten, wesentliche Elemente der Wertschöpfungskette der Weiterverarbeitung von Rohstoffen zu Halbfabrikaten und Endprodukten im Land der Rohstoffgewinnung anzusiedeln, statt sie wie bisher in andere Staaten auszulagern, ohne auf derartige Zusammenhänge zu achten. Es liegt außerdem im deutschen Interesse, im Rahmen dieser Partnerschaften langfristige Preis- und Absatzgarantien zu vereinbaren.

Die Reise des Bundeswirtschaftsministers nach Katar, welches definitiv nicht eine Demokratie nach den Vorstellungen der Bundesregierung ist, um dort um die Lieferung von Erdgas nachzusuchen⁷, hat gezeigt, dass es erforderlich ist, sich an den realen Gegebenheiten vor Ort zu orientieren, statt zu versuchen, anderen Nationen die eigene Gesellschafts- und Werteordnung aufzuzwingen. Unabhängig davon, dass diese Versuche regelmäßig scheitern (Vietnam, Somalia, Kosovo, Bosnien-Herzegovina, Irak, Syrien, Afghanistan, Mali etc.), stehen sie dem Aufbau stabiler und vertrauensvoller Handelsbeziehungen entgegen.

Es ist also erforderlich, wieder zum Kerngedanken des Handels als ideologiefreiem Austausch von Waren auf der Basis des gegenseitigen Respekts zurückzufinden und entgegenstehende Regelungen wieder abzuschaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in enger Abstimmung mit den Vertretern der Wirtschaft zu definieren, für welche Gewerbezweige der deutschen Wirtschaft welche Rohstoffe, Vor-, Zuliefer- und Endprodukte in welcher Menge erforderlich sind und für die eine störungsfreie und krisenfeste Belieferung Deutschlands aus Ländern außerhalb der EU und der EFTA erforderlich oder sinnvoll ist;
2. eine aktive, eigenständige Außenhandelspolitik zu betreiben, um für diese Rohstoffe und Warengruppen in der erforderlichen Menge die langfristige Verfügbarkeit für deutsche Unternehmen sicherzustellen;
3. mit relevanten Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Vorder- und Südasiens Vereinbarungen zu treffen, um über die Sicherung von Rohstoffen hinaus Industriepartnerschaften zu eröffnen, welche den Aufbau einer Grundstoffindustrie und einer hierauf beruhenden Industrieproduktion vor Ort vorsehen, für die langfristige und preislich abgesicherte Abnahmegarantien vereinbart werden;
4. zukünftig in Fragen der Außenhandels- und Entwicklungspolitik die historisch gewachsenen Kulturen und Gesellschaftssysteme zu tolerieren und zu respektieren und darauf zu verzichten, fremden Ländern eine LGBTQ-Agenda aufzuzwingen;
5. das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten vom 16. Juli 2021 ersatzlos aufzuheben;

³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/global-gateway-eu-initiative-101.html>

⁴ <https://www.dw.com/de/afrika-china-baut-stra%C3%9Fen-europa-z%C3%A4hlt-insekten-friedrich-naumann-stiftung-a-62532202/a-62532202>

⁵ <https://www.die-tagespost.de/leben/wirtschaft/neue-kolonialherren-kommen-aus-china-art-218645>

⁶ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/afrika-china-infrastruktur-coltan-101.html>

⁷ <https://www.spiegel.de/ausland/robert-habeck-und-der-gas-deal-mit-katar-bittsteller-in-der-wueste-ae7c05db-2348-4c37-914f-87539578be5d>

6. darauf hinzuwirken, dass die EU eigene Bestrebungen, Lieferkettenverordnungen zu erlassen, beendet.

Berlin, den 23. September 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Als Handel wird der Austausch von Waren gegen Geld bezeichnet. Handel funktioniert langfristig nur, wenn er im Gleichgewicht ist. Dies bedeutet, dass er nicht nur einseitig ausgerichtet sein darf, sondern dass der Warenaustausch insgesamt im Gleichgewicht sein muss. Statt des Warenaustauschs können auch Dienstleistungen einen Ausgleich für einen Handelsüberschuss bilden. Dies geschah bisher unter anderem durch Urlaubsreisen Deutscher in das Ausland.

Es ist aber nun einmal nicht so, dass jedes Land auf der Welt einen angenehmen Urlaubsort darstellt. Für solche Länder müssen Handelsbeziehungen so ausgelegt werden, dass der Warenaustausch ins Gleichgewicht kommt.

Die Politik der internationalen Gremien, wie Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds und Weltbank ist traditionell auf einen offenen und freien Weltmarkt ausgerichtet, also auf Freihandel. Diese Politik hat den fundamentalen Strukturfehler darin, dass Freihandel nur dort möglich ist, wo ein vergleichbares Niveau an Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist.⁸ Das Ergebnis des Freihandels ist für Entwicklungsländer der Ruin der lokalen Wirtschaft, die im Weltmaßstab nicht konkurrenzfähig ist. Das war übrigens im 19. Jahrhundert und davor in Europa und den USA nicht anders. Beginnend mit der Navigationsakte 1651 hat England durch protektionistische Maßnahmen die Grundlage für sein Handelsimperium gelegt. Die Forderung nach Freihandel erhebt immer derjenige, der sich selbst im Vorteil sieht.⁹ Hieraus ergibt sich die Erkenntnis, dass der Freihandel nicht per se positiv zu betrachten ist, sondern dass er sich nur dann positiv auswirkt, wenn auch die Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Die Bundesregierung hat die Verhandlung von Handelsabkommen mit außereuropäischen Staaten in die Hand der EU-Kommission gelegt.

Der EU-Kommission hat sich jedoch vom Gedanken des Warenaustauschs als Grundlage für Handel weitgehend verabschiedet. In ihren „Comprehensive Agreements“ geht es nicht primär um den Austausch von Waren, sondern um den wertebasierten gesellschaftspolitischen Rahmen innerhalb dessen sie produziert werden. Hierbei wird unterstellt, dass die durch die EU-Kommission vertretenen Wert- und Moralvorstellungen universell gültig und verbindlich seien und daher den potenziellen Handelspartnern aufgezwungen werden könnten.

Seit mindestens 15 Jahren geht dieser moralbasierte Politikansatz nicht mehr auf, weil mit dem Eintritt Chinas in die Welthandelspolitik eine Alternative besteht (The Beijing Consensus¹⁰). Dadurch, dass sich China nicht zum Moralapostel aufschwingt, sondern die sozio-ökonomischen Gegebenheiten vor Ort akzeptiert, findet es Handlungsoptionen, durch die es europäische Wettbewerber zunehmend aus ganzen Weltregionen hinausdrängt. China bietet Politikern aus Entwicklungsländern auch gerne freizügige Kredite an, über deren Kleingedrucktes es massiven Einfluss auf die betroffenen Staaten ausüben kann¹¹ und deren Tilgung es dann Schuldenerlassen der Weltbank oder dem IWF überlässt.

Der Aufbau der durch China dominierten asiatischen Freihandelszone (RCEP), die ihrerseits den nicht nur bereits jetzt größten Handelsraum der Welt darstellt, sondern weiter an Gewicht zunehmen wird, zeigt die zunehmende Schwäche Deutschlands und der übrigen EU-Staaten schonungslos auf. Dass diese Zone derzeit noch keinen

⁸ <https://www.welt-sichten.org/artikel/1046/freihandel-hilft-den-armen-wenig>

⁹ <https://www.jstor.org/stable/40416053> sowie außerdem <https://history.state.gov/milestones/1921-1936/protectionism>

¹⁰ The Beijing Consensus: How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-first Century By Stefan Halper, Basic Books, 2010

¹¹ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/china-so-funktionieren-die-kredite-fuer-entwicklungslaender-a-b115b1c7-3fdd-4677-b2e4-50b9e6da295e>

monolithischen Wirtschaftsblock darstellt,¹² ist ein schwacher Trost. Auch die EU hat klein angefangen.

Dennoch hat auch das chinesische Modell seine Schwächen, weil es keine nachhaltigen ökonomischen Entwicklungsoptionen anbietet. Aber allein bei der Frage, wer wann in Afrika Eisenbahnlinien gebaut hat bzw. heute baut, wird man feststellen müssen, dass Europa bei diesem Thema nicht mehr stattfindet, China jedoch sehr wohl.

Problematisiert wird die europäische Politik des Moraltransfers („Moralimperialismus“) dadurch, dass nicht ein universell anerkanntes Menschenbild auf die potenziellen Handelspartner gedrückt werden soll, sondern ein links-utopistisches, um nicht zu sagen kommunistisches. Außerhalb kommunistischer „Eliten“ ist Konsens, dass sich die menschliche Gesellschaft nicht allein aus autonomen Individuen zusammensetzt, sondern dass der Mensch ein soziales Wesen ist (aus dem griechischen: ein „zoon politikon“). Er lebt in sozialen Strukturen, die ihm Identität und Halt geben. Hierzu zählen ethnische, sprachliche und kulturelle Identitäten.

Die vollständige Negation und Verächtlichmachung dieser Werte zugunsten einer ideologisch getriebenen LGBTQ-Agenda den potenziellen Handelspartnern aufzwingen zu wollen, treibt sie regelrecht in die Arme Chinas, das keine Fragen stellt.

Die EU-Kommission und die Bundesregierung verschärfen das Problem derzeit dadurch, dass sie (von vielen durchaus gut gemeinte) Lieferkettengesetze beschließen und verschärfen, die deutsche und europäische Unternehmen zusätzlich ins Hintertreffen geraten lassen.¹³

Eine erfolgreiche Politik darf keine ideologischen Scheuklappen aufsetzen, sondern muss ihr Gegenüber so annehmen, wie es ist. Dies nennt man Toleranz. Wenn Menschen ihre eigene Gesellschaft ändern wollen, so sollen sie es tun. Es ist jedoch ein Irrweg, die eigenen Gesellschaftsideale anderen Menschen aufzwingen zu wollen. Das vollständige Scheitern des Westens im Kosovo, in Libyen, Syrien, Irak, Afghanistan und in Mali ist eine moralische Bankrotterklärung. Der Deutsche Bundestag mahnt dringend an, hieraus endlich eine Lehre zu ziehen.

Es ist bezeichnend, dass die neue Bundesregierung nur wenige Monate nach ihrem Regierungsantritt bei autoritären Regimen nach dem Eindruck von Beobachtern als Bittsteller für Erdgas auftritt – nicht aus innerer Einsicht – sondern aufgrund (selbstverschuldeter) äußerer Sachzwänge.¹⁴

Die durch den US-chinesischen Gegensatz, die Coronapolitik und den Ukrainekrieg offengelegten handelspolitischen Abhängigkeiten Deutschlands und der übrigen EU-Staaten sind dabei, einen Sinneswandel herbeizuführen: Lieferketten sollen zukünftig so ausgelegt werden, dass sie robust und flexibel sind und sich nicht auf einen oder wenige Anbieter mit überhöhter Marktmacht abstützen.

Die Antragsteller sind überzeugt, dass eine deutsche Außenwirtschafts- und Rohstoffsicherungsstrategie neue Wege gehen muss, um trotz des verschärften Wettbewerbsdrucks durch eine zunehmend konkurrierende chinesische Außenwirtschaftspolitik und eine unilaterale, an US-Interessen ausgerichtete US-Embargopolitik seine eigenen Interessen erfolgreich vertreten zu können. Da eine der Stärken Deutschlands in seiner Fähigkeit zum Bau hochintegrierter technisch anspruchsvoller Gesamtlösungen besteht, ist es weniger auf Rohstoffe und Vorprodukte angewiesen, sondern auf industrielle Partner, die hochwertige Bauteile und Baugruppen liefern können. Deutschland könnte sich gegenüber Wettbewerbern in Staaten der „Dritten Welt“ dadurch positiv herausheben, dass es nicht nur Rohstofflagerstätten ausbeutet, sondern auch Wertschöpfungsketten vor Ort aufbaut. Analog des „Fair Trade“-Gedankens sollte diese Wertschöpfung vor dem Weltmarkt geschützt werden, z. B. durch langfristige, festpreisbasierte Abnahmegarantien und durch Schutzzölle gegen Billigimporte, welche die einheimische Wirtschaft ruinieren.

¹² https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2020A97_AsiatischeFreihandelszoneRCEP.pdf

¹³ <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/klimawende-kommt-nach-der-chip-krise-der-kobalt-mangel,Sp01eC6>

¹⁴ <https://www.spiegel.de/ausland/robert-habeck-und-der-gas-deal-mit-katar-bittsteller-in-der-wueste-a-ee7c05db-2348-4c37-914f-87539578be5d>

